Nordrhein-Westfalen

Unternehmen warnen vor Abstandsregel

[04.09.2017] In einem offenen Brief protestieren 61 Unternehmen gegen die geplanten Einschränkungen der Windenergie durch die neue CDU-/FDP-Landesregierung in Nordrhein-Westfalen.

61 Unternehmen der Windenergiebranche, darunter Projektierer, Bürgergesellschaften, und Hersteller von Windenergieanlagen, warnen in einem offenen Brief an die Landesregierung Nordrhein-Westfalen (NRW) vor den Folgen der anvisierten Abstandsregelung von 1.500 Metern und des umfassenden Waldverbots. Eine Million jährlicher Investitionen und gut 18.500 Beschäftigte seien in Gefahr, heißt es in einer Pressemeldung aus der vergangenen Woche. Die unterzeichnenden Unternehmen aus dem ganzen Land fordern vielmehr von Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) und Andreas Pinkwart (FDP), Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie des Landes Nordrhein-Westfalen, die Windenergie als zentrale Säule der Energiewende anzuerkennen.

„Dieser offene Brief der Unternehmerschaft sollte ein Weckruf an die Landesregierung sein: Sollte eine pauschale Abstandsregelung kommen, ist ein drastischer Einbruch des Windenergieausbaus in NRW ab 2019 zu erwarten. Bis dahin können zwar noch genehmigte Anlagen gebaut werden. Danach ist aber weitgehend Schluss“, sagte Reiner Priggen, Vorsitzender des Landesverbands Erneuerbare Energien NRW (LEE NRW). „Viele Unternehmen haben sich im Vertrauen auf Verlässlichkeit längst auf die Energiewende eingestellt. Das stellt die Landesregierung jetzt in Frage. Arbeitsplätze und Investitionen in Milliardenhöhe stehen damit auf der Kippe.“

Fachleute gehen davon aus, dass durch die im Koalitionsvertrag verankerte Abstandsregelung über 90 Prozent der bisher für die Windenergie vorgesehenen Flächen wegfallen würden. Dies hätte nicht nur wirtschaftliche Konsequenzen. Da NRW als zentrales Energieland in Deutschland für ein Drittel der deutschen CO2-Emissionen verantwortlich ist, käme dies auch einer Abkehr vom Pariser Weltklimavertrag gleich. Zuletzt hatten Mitte August 16 große Stadtwerke vor den Regierungsplänen gewarnt. Die Stadtwerke befürchteten ein Wegbrechen des Geschäftsfeldes erneuerbare Energien.

(me)

Stichwörter: Windenergie, Nordrhein-Westfalen, Politik